

07.07.95

Antrag
des Landes Rheinland-Pfalz

Entschließung des Bundesrates zu Schienenverkehrsinvestitionen

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES
RHEINLAND-PFALZ

Mainz, den 7. Juli 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Dr. h.c. Johannes Rau

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat beschlossen, beim Bundesrat den in der
Anlage mit Begründung beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zu Schienenverkehrsinvestitionen
einzubringen.

Ich bitte Sie, gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates den
Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Bundesratssitzung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Entschließung des Bundesrates zu Schienenverkehrsinvestitionen

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, angesichts der notwendigen Investitionsmaßnahmen im Schienenverkehr die dafür erforderlichen Mittel nicht zu kürzen, sondern in ausreichender Höhe gerade für die geplanten Neu- und Ausbaustrecken, insbesondere die Schnellbahnverbindung Köln - Rhein/Main bereitzustellen.

Begründung

Die Schiene ist der umweltfreundlichste und effizienteste Verkehrsträger für den Personen- und Güterverkehr in hochbelasteten Korridoren. Die Verlagerung von Straßen- und Luftverkehren auf die Schiene muß daher vorangetrieben werden. Der Bau von Schnellbahnstrecken würde hierfür neue entscheidende Impulse liefern.

Der Bundesrat sieht deshalb mit Sorge die Absicht der Bundesregierung, Finanzierungsmittel für Investitionen im Schienenverkehr drastisch zu reduzieren. Wenn die Deutsche Bahn AG im Rahmen von Einsparaktionen schon im Bundeshaushalt 1996 2,1 Mrd. DM weniger Investitionsmittel bekommt und diese Kürzungen wie geplant auch in den Folgejahren vorgenommen werden sollten, könnte dies für die im Bundesverkehrswegeplan 1992 und im Bedarfsplan zum Bundesschienenwegeausbaugesetz verankerten Neu- und Ausbaustreckenprojekte erhebliche negative Auswirkungen haben; insbesondere ist eine Streckung der Bauzeit der Neubaustrecke Köln - Rhein/Main und damit des wichtigsten deutschen Schienenprojektes zu befürchten.

Eine zeitliche Verschiebung der Investitionen im Schienenverkehr hätte äußerst ungünstige Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der von den Neubaustrecken berührten Wirtschaftsräume sowie darüber hinaus für den internationalen Austausch mit den benachbarten Wirtschaftszentren.

So würden Verzögerungen bei der Fertigstellung der geplanten Schnellbahnstrecke Köln - Rhein/Main neben der Verknüpfung der Ballungsräume Köln-Rhein/Ruhr und Rhein/Main auch den Verkehr auf den großräumigen Magistralen Westdeutschland - Belgien/Niederlande-Nordfrankreich-Südengland sowie Westdeutschland - Süddeutschland - Südosteuropa stark beeinträchtigen. Gleichzeitig könnte das Ziel einer Verlagerung von Teilen des motorisierten Individualverkehrs und insbesondere des Kurzstreckenluftverkehrs auf die Schiene im hochbelasteten Rheinkorridor auf absehbare Zeit nicht erreicht werden.

Das Interesse an der Erhaltung und Weiterentwicklung der verkehrlichen Drehscheibenfunktion der Bundesrepublik Deutschland; das Interesse an der wirtschaftlichen und strukturpolitischen Stärkung der Wirtschaftszentren in Deutschland sowie der Umwelt- und Ressourcenschutz gebieten es daher, die Neu- und Ausbaustrecken, insbesondere die Schnellbahnverbindung Köln - Rhein/Main, rasch in Angriff zu nehmen und fertigzustellen.

15.12.95

Beschluß
des Bundesrates

Entschließung des Bundesrates zu Schienenverkehrsinvestitionen

- / Der Bundesrat hat in seiner 692. Sitzung am 15. Dezember 1995 die aus der Anlage ersichtliche Entschließung gefaßt.

Anlage

Entschließung
des
Bundesrates
zu Schienenverkehrsinvestitionen

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, angesichts der notwendigen Investitionsmaßnahmen im Schienenverkehr die dafür erforderlichen Mittel nicht zu kürzen, sondern in ausreichender Höhe zur Verfügung zu stellen. Eine Kürzung der Investitionsmittel für die Schieneninfrastruktur wird abgelehnt, zumal nach jahrzehntelanger Vernachlässigung vor allem bei der Schieneninfrastruktur ein Nachholbedarf besteht.

Begründung

Die Schiene ist der umweltfreundlichste und effizienteste Verkehrsträger für den Personen- und Güterverkehr in hochbelasteten Korridoren. Die Verlagerung von Straßen- und Luftverkehren auf die Schiene muß daher vorangetrieben werden. Der Bau von Schnellbahnstrecken würde hierfür neue entscheidende Impulse liefern.

Der Bundesrat sieht deshalb mit Sorge die Absicht der Bundesregierung, Finanzierungsmittel für Investitionen im Schienenverkehr drastisch zu reduzieren. Wenn die Deutsche Bahn AG im Rahmen von Einsparaktionen schon im Bundeshaushalt 1996 2,1 Mrd. DM weniger Investitionsmittel bekommt und diese Kürzungen wie geplant auch in den Folgejahren vorgenommen werden sollten, könnte dies für die im Bundesverkehrswegeplan 1992 und im Bedarfsplan zum Bundesschienenwegeausbaugesetz verankerten Neu- und Ausbaustreckenprojekte erhebliche negative Auswirkungen haben.

Eine zeitliche Verschiebung der Investitionen im Schienenverkehr hätte äußerst ungünstige Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der von den Neubaustrecken berührten Wirtschaftsräume sowie darüber hinaus für den internationalen Austausch mit den benachbarten Wirtschaftszentren.

Gleichzeitig könnte das Ziel einer Verlagerung von Teilen des motorisierten Individualverkehrs und insbesondere des Kurzstreckenluftverkehrs auf die Schiene auf absehbare Zeit nicht erreicht werden.

Das Interesse an der Erhaltung und Weiterentwicklung der verkehrlichen Drehscheibenfunktion der Bundesrepublik Deutschland, das Interesse an der wirtschaftlichen und strukturpolitischen Stärkung der Wirtschaftszentren in Deutschland sowie der Umwelt- und Ressourcenschutz gebieten es daher, die Neu- und Ausbaustrecken rasch in Angriff zu nehmen und fertigzustellen.